

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Samstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Lieferung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unser Schreibstempel bezogen für Deutsche ab und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. jährlich. Saldo-Kassenzug, per Brief für Deutschland und Österreich 20,- M. Subskription, Expedition und Verlag: Berlin S 2, Breite Straße 54.

Die achtspaltige Kopparbeiterzeile über deren Raum kostet 5,- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen; Das fertige Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Befunde 2,20 M. netto pro Zeile. Saldo-Befunde in Monats-Anzeigen; das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Druckpreis: Jahrgang 2030, 2645, 4518 4603, 4635, 4619, 4922.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die politische Lage in Frankreich

Von Jean Longuet-Paris.*)

Die gegenwärtige politische Lage in Frankreich wird weiter in sehr hohem Maße von dem bejammernswerten allgemeinen Wahlen vom 16. November des letzten Jahres beherrscht, die infolge eines Zusammentreffens von Umständen, auf die wir hier nicht zurückkommen wollen, die überwältigende Stimmenmehrheit jenem sonderbaren Konglomerat von Kleinbürgerlicher Reaktion, albernem Chauvinismus und zynischer Plutokratie gegeben haben, das man den „Nationalen Block“ nennt. Dieser wieder wird verstärkt und unaufhörlich vorwärtsgetrieben in immer reaktionärere Bahnen durch das rein monarchistische und hierarchische Element, dessen Prototyp der Journalist niedriger Polizeipolemiken ist, der höchst unwürdige Sohn eines großen französischen Schriftstellers, Herr Leon Daudet.

Diese Kammer des Nationalen Blocks, zweifellos die reaktionärste, die Frankreich seit 1871 oder selbst seit 1815 (der Wiedereinführung der Bourbonen) gekannt hat, zeigt, daß einzig der militärische Sieg diesem Lande ein so reaktionäres Parlament geben konnte, wie das war, das ihm die Niederlage eingebracht hatte. Angesichts solcher Abgeordneter finden Herr Millerand und seine Regierung nicht nur gar kein Gegengewicht und gar keine demokratische Kontrolle, sondern sie sind im Gegenteil häufig gezwungen, den schädlichen Eifer jener Vertreter der rückschrittlichen Ideen zu mäßigen.

Man hat dies neuerdings recht gut gesehen, bei Gelegenheit der Maßnahmen unserer Regierung gegenüber dem imperialistischen und hierarchischen Völkchen und seinem nicht zu rechtfertigenden Angriff gegen die Sowjetrepublik. Die Regierung des Herrn Millerand hat sich sofort Hals über Kopf in die Abenteuer der polnischen Feudalen gestürzt. Sie hat die Feindschaftsbedingungen gegen die russische Republik vermehrt, nicht nur indem sie den polnischen Armeen fortgesetzt Gewehre, Geschütze und Munition schickte, sondern dadurch, daß sie der polnischen Regierung den Generalstabchef Marshall Foch und den General Wengand sandte. Man weiß, welche Rolle er in der neuen polnischen „Marneschlacht“, wie unsere „großen“ kapitalistischen Zeitungen sagen, gespielt hat.

Es war zweifellos vorbereitet, nach drüben zu gehen und, trotz des Widerstandes Englands, dessen Regierung die starke Opposition der organisierten Arbeiterklasse fühlte, dem Krieg gegen das sozialistische Rußland eine direktere und zynischere Form zu geben. Trotzdem hat man mit dem Erwachen der öffentlichen Meinung rechnen müssen, das ja nun auch im ganzen Lande erfolgt ist, selbst außerhalb der Elemente, mit denen die sozialistische Partei und die Gewerkschaftsorganisationen in engerer Fühlung stehen.

Der Feldzug gegen den Krieg gegen Rußland, ja gegen den bloßen Gedanken, daß der verfluchte Krieg wieder anfangen könnte, der von einem bis zum andern Ende des Landes geführt wird, entspricht zweifellos so genau dem tiefen Gefühl der Volksmassen, daß sich überall in den sozialistischen Versammlungen Tausende und Zehntausende von Zuhörern zusammensanden. Bei all denen, die den furchtbaren Abdruck der vier Jahre Weltkrieg erlebt haben, gab es ein allgemeines Aufbäumen der Empörung bei dem Gedanken, daß „das wieder anfangen könnte.“ Neben diesem Faktor hat ein zweiter mächtig mitgewirkt: das Gefühl inbrünstiger Liebe für die erste große sozialistische Republik, die die Welt je gesehen hat, ein Gefühl, das sich überall in der ganzen Welt bei den zum Bewußtsein ihrer Klasseninteressen erwachten Massen offenbart.

Diese Bewegung war so mächtig, daß sie trotz des frenetischen Hasses unserer bestehenden Klasse gegen das schädliche Beispiel, das Rußland den Proletariern aller Länder gibt, eine unbestreitbare Reaktion in den Regierungskreisen herbeigeführt hat, wo man fühlte, daß es bei alledem nicht nötig sei, dem Volksempfinden all zu offensichtlich Trost zu bieten. Wenn man zu diesem die täglich sich mehr offenbarenden Niederlagen des Abenteurers Brangel hinzusetzt, den Herr Millerand abgesehenmüde mitten in der Krise anerkannt hat (man sagt, unter dem Einfluß eines Diplomaten, der ganz durchdrungen ist vom Karrierismus, Herrn Polesologue, des ehemaligen Gesandten bei Nikolas II.), und den Zusammenschluß der „Kleinen Entente“, bestehend aus der Tschecho-Slowakei, den Jugo-Slawen und Rumänien gegen das Weiße Ungarn, deren Benehmen im Hinblick auf unsere führenden Reaktionen ein wenig unabhängig ist, so wird man sich die Gründe sagen können, die unsere Herren der „großen Weltpolitik“ zu etwas mehr Bescheidenheit veranlassen.

Trotz alledem gehen diese Ereignisse wie auch die inneren wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten, das immer erschreckendere Steigen der Lebensmittelpreise (das sich für die Volksmassen in der Erhöhung des Brotpreises auf 1,30 Fr. für das Kilo zeigt), die immer zynischeren Zustände in den hierarchischen Kreisen, für die die demnächstige Wiederherstellung der Geländschaft bei dem Vatikan ein Symbol ist, der sozialistischen Partei in bemerkenswertes Feld für Propaganda und Mitgliederwerbung. Um so trostloser ist es, feststellen zu müssen, daß die Debatten und Kontroversen, die aus Anlaß des Eintritts in die Dritte

Angestellte vor die Front!

Kollegen! Kolleginnen! Unter den furchtbaren Wirkungen des Weltkrieges sind die Massen der Angestellten aus einem Traumzustand patriarchalischer Wirtschaftsauffassungen zur tieferen Erkenntnis ihrer Klassenlage erwacht. Tausende unserer Berufsgenossen, die irrgelitten waren, wandten sich von den Harmonieverbänden ab und eilten in hellen Scharen den freien Gewerkschaften zu. Das gewaltige Erstarken unserer Afa-Bewegung ist der lebendige Ausdruck für den entschiedenen Willen der Kollegenschaft, die Angestelltenbewegung aus den Schranken engstirniger Berufs- und Standespolitik herauszuheben und sie zum wichtigen Faktor in den herangereiften großen

Entscheidungskämpfen zwischen Kapital und Arbeit

zu machen. Eure Gewerkschaften werden der ihnen gestellten großen Aufgabe aber nur gerecht werden können, wenn die Angestellten in den Betrieben bereit sind, selbst an der Umgestaltung der heutigen rein privatkapitalistisch gerichteten Wirtschaft zu einer höheren sozialen Ordnung mitzuwirken. Es darf deshalb nicht genügen, gegenüber der wachsenden

Arbeitslosigkeit und Teuerung

Unterstützungen und Lohnerhöhungen zu fordern. So wichtig es auch sein muß, die Angestellten gegen die Not und das Elend, wie sie durch die Wirtschaftskrise hervorgerufen werden, zu schützen, so darf doch nicht vergessen werden, daß wir gleichzeitig gegen ein chronisches Uebel, nämlich gegen die kapitalistische Gewinnwirtschaft anzukämpfen und die geistige Vorbereitung für ihre Ablösung in eine für und durch die Gesellschaft betriebene Bedarfswirtschaft zu treffen haben. Der Weg aus dem heutigen kapitalistischen Chaos zum Sozialismus führt über die

Kontrolle der Produktion.

Die Betriebsräte, denen unsere Afa von Anfang an diese Aufgabe zugewiesen hatte, müssen in die Zusammenhänge der heutigen Warenerzeugung und Verteilung eindringen. Ihre Erfahrungen in einzelnen Betrieben bilden die Grundlage zum Meinungsaustausch in den Industriegruppen, um das gemeinschaftliche Treiben weiter Unternehmerrkreise mit Tatsachenmaterial belegen zu können. Es ist bezeichnend für den Grad der bereits eingetretenen Unternehmerrlabotage, daß jetzt sogar das Reichswirtschaftsministerium dazu übergehen muß, die Entscheidung über die Stilllegung von Betrieben von der vorherigen Prüfung durch Sachverständigen-Ausschüsse unter Hinzuziehung von Arbeitnehmervertretern abhängig zu machen. Wenn diese Prüfung lediglich nach allgemeinvolkswirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgen soll, dann wären aber in erster Linie die Betriebsräte und ihre in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften geschaffenen Industriegruppen die berufenen Entscheidungsstellen. Man soll der

organisierten Arbeitnehmerschaft erst einmal die Möglichkeit geben, in die Geschäftsgeheimnisse, d. h. die Profitgeheimnisse der kapitalistischen Betriebe hineinzuleuchten, um eine wahrhaft produktive Erwerbslosenfürsorge, d. h. die Erschließung von gesteigerter Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Der Einblick der Betriebsräte in die Produktion ist durch die verkapitelten Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes und den organisierten Widerstand des Unternehmertums aufs äußerste erschwert. Es kann in jedem Falle nur erzielt werden, durch die allseitige

Mitwirkung der Angestellten.

Die scharf durchgeführte Arbeitsteilung macht es freilich auch den Angestellten schwer, den Ueberblick über die gesamten Geschäftsvorgänge zu gewinnen. Der Buchhalter, der Kassator, der Werkmeister, der Konstrukteur, der Expedient, der Verkäufer und all die übrigen Angestellten müssen indes bewußt sein, daß sie zwar vom Unternehmer zum mechanischen Teilarbeiter bestimmt sind, aber gleichzeitig als Kämpfer der gesamten aufstrebenden Arbeitnehmerschaft die Pflicht haben, aus ihrer täglichen beruflichen Kleinarbeit Material zu sammeln und Schlüsse zu ziehen. Die Angestellten sind in der Lage, dem Betriebsrat Aufschlüsse über die Roh- und Hilfsstoffversorgung und über die Absatzverhältnisse zu geben. Der Betriebsrat wird seiner wirtschaftlichen Aufgabe nur gerecht werden können, wenn die Angestellten, die von den laufenden Abchlüssen und Verbindlichkeiten nähere Kenntnis haben, ihm beratend zur Seite stehen. Auch die einfachste Tätigkeit wird zur Erfassung der Geschäftszusammenhänge wichtig. So gibt es keinen Angestellten, der nicht berufen wäre, an dem großen Werke mitzuwirken. Darum begreift die

historische Mission der Angestellten

und stellt Euch den Betriebsräten zur Verfügung. Wir verkennen nicht, daß das hier notwendige Vertrauensverhältnis zwischen Angestellten und Arbeitern heute noch Störungen erfährt, weil ein Teil der Arbeiter über die organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte einer von unserer Auffassung abweichenden Standpunkt einnimmt. Diese Organisationsfragen der Betriebsräte dürfen aber auf keinen Fall zur Trennung von Angestellten und Arbeitern in den Betrieben führen. Die solidarische Aktionsfähigkeit der Angestellten und Arbeiter steht über allen Organisationserwägungen. Kollegen, Kolleginnen! Denkt über den Tag und eure eigene Not hinaus, denkt daran, daß der Kapitalismus die Begabung des Kopparbeiters stets nur gekauft hat, um damit eigennütigen Menschenhandel zu treiben. Der Sozialismus allein sichert dem wirklich Begabten die führende Stelle im Wirtschaftsleben, er wird die Güter vermehren und verbessern!

Arbeitsgemeinschaft Freier Angestelltenverbände

Der Vorstand
Aufhäuser Urban

Internationale in der Partei stattfinden, dem Sozialismus den ganzen Vorteil, den er aus einer solchen Situation ziehen könnte, zu rauben drohen.

Es ist nicht zu bezweifeln, daß infolge der schmerzlichen Niederlage des Generalkreises, der am 1. Mai unter den leichtsinnigsten und ungeschicktesten Bedingungen veranstaltet wurde, eine ziemlich starke Reaktion sowohl in den Parteigruppen als auch in den Gewerkschaftsorganisationen eingeleitet hat. Der beträchtliche Verlust an Stimmen, den die extreme Linke auf dem letzten Parteitag im Juli erlitten hat, bewies, daß der kindliche und mystische „Extremismus“, der ziemlich oft das Kennzeichen der erbittertesten Parteigänger der bolschewistischen Methoden war, sich im Rückgang befand. Das hinderte das Proletariat nicht, sich ganz der Verteilung der russischen Revolution hinzugeben. Zeigt das Beispiel Englands nicht, daß man mit äußerster Energie gegen die Denker Rußlands kämpfen kann, ohne deshalb auf rein sozialistischem Gebiet unterwürdig alle Direktiven aus Moskau anzunehmen?

Die Rückkehr von Cachin und Frossard aus Rußland hat alles wieder in Frage gestellt. Unsere Genossen haben, begeistert von dem gewiß einzigen Wert unserer russischen Genossen, von der bisher unbekanntem Größe des sozialen Versuchs, den sie wagen, daraus geschlossen, daß man in die Moskauer Internationale eintreten müsse, selbst um den Preis der schwersten Opfer, die von uns in unserer sozialistischen Innenpolitik verlangt werden könnten. In Wahrheit herrscht in der ganzen Debatte noch eine bedenkliche Zweideutigkeit. Anstatt der einundzwanzig Bedingungen, die der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei

Deutschlands auferlegt worden sind (und wie es scheint, auch den Sozialisten der meisten anderen Länder), haben Cachin und Frossard den französischen Sozialisten neun vom Moskauer Präsidium abgeforderte Bedingungen vorgelegt, die unendlich viel gemäßigter klingen und keine summarischen Hinrichtungen und brutale Ausschließungsforderungen gegen alte und erprobte sozialistische Kämpfer, nichtdestoweniger aber noch eine gewisse Anzahl von gefährlichen Klauseln enthalten. Bevor man die Debatte weiter fortsetzt, ist es nötig zu wissen, ob der französische Sozialismus sich wirklich auf diese besonderen Bedingungen äußern soll, oder auf die allgemeinen in der „Freiheit“ veröffentlichten Bedingungen, die die Unabhängigen Sozialisten Deutschlands so entschlossen ablehnen zu wollen scheinen und die die Parteileitungen der Schweizer Sozialisten und der Englischen Unabhängigen Arbeiterpartei schon mit Entrüstung zurückgewiesen haben.

Die Debatte ist andererseits häßlich verbogen und kompliziert worden durch die Art und Weise, wie die bürgerliche Presse sich hineinmischte, indem sie nämlich all denen, welche die Moskauer Bedingungen diskutierten und kritisieren wollen, eine Schutzherrschaft angebotene läßt, die jene mit Eitel zurückweisen. Die ganz Taktik unserer herrschenden Klasse besteht augenblicklich darin das Problem der Wiederaufrichtung der Internationale, des Eintritts in die Moskauer Internationale mit dem Kampf der ganzen kapitalistischen Welt gegen das bolschewistische Rußland zu vermengen. Das schafft eine Zweideutigkeit und eine Verwirrung, gegen die Gegner gewisser bolschewistischer Methoden, die auf dem Gebiet der Außenpolitik zu den treue-

*) Das Bureau für Internationalen Meinungsaustausch stellt uns diesen Artikel zur Verfügung.

sten Verteidigern der Sowjetrepublik gehören, nicht lebhaft genug ankämpfen können.

Velzer haben gewisse Elemente in der französischen Gewerkschaftsbewegung, so Merheim, der Sekretär der Metallarbeiter Partei, der Sekretär der Bergarbeiter, in Erbitterung über die Festigkeit der Angriffe, die sie von der extremen Linken erfahren haben, den schwereren Fehler begangen, scheinbar gewisse schändliche Verleumdungen, deren Gegenstand die russische Revolution von Seiten ihrer schlimmsten bürgerlichen Feinde gewesen ist, auf ihre Rechnung zu nehmen.

Es ist sehr zu wünschen, daß inmitten all dieser Stürme der französische Sozialismus seine Einigkeit, die seine Kraft und sein Stolz ist, bewahrt. Wenn sie unglücklicherweise verschwinden sollte, so würden unsere russischen Genossen, für die wir so viel gekämpft haben, eine schwere Verantwortung tragen, nicht nur gegenüber unserer Bewegung, sondern gegenüber der russischen Revolution selbst, die in Frankreich die einzige Kraft verloren haben würde, die unsere Regierung in ihren Anschlägen gegen sie aufhalten könnte.

Dreiklassenwahlrecht

Die neuen Landwirtschaftskammern

Wir haben eine kurze Darstellung des vom preussischen Ministerium vorbereiteten Gesetzes über Landwirtschaftskammern bereits vor einiger Zeit gebracht. Die ganze Frage der öffentlich-rechtlichen Berufsvertretung in der Landwirtschaft bedarf sorgfältigster Prüfung, einseitigen aber auch als großer Mangel gekennzeichnet werden, daß es ein Dreiklassenrecht in Aussicht nimmt. Es teilt die zu den Kammern Wahlberechtigten in drei Gruppen mit gleicher Mandatszahl. Die Arbeiter bilden die dritte Gruppe, stehen also einer Zweidrittelmehrheit von Besitzern gegenüber.

Der Hauptvorstand des Landarbeiterverbandes veröffentlicht im „Vorwärts“ eine Auslassung über das Gesetz, in der er, nachdem er die Bildung von Landwirtschaftskammern, an denen die Arbeiter teilnehmen, willkommen heißt, ebenfalls auf diesen Punkt hinweist. Er schreibt:

„Einspruch ist aber gegen die Dreigruppenwahl des Entwurfs, die unter allen Umständen beibehalten werden muß, zu erheben. Die Absicht, auch die Arbeitnehmer an allen Verhandlungen der Landwirtschaftskammern teilnehmen zu lassen, wird anerkannt. Daß diese Teilnahme aber nur in einer Eindrittelbeteiligung bestehen soll, erscheint uns mit dem Geiste der heutigen Zeit sowie mit dem Wortlaut der neuen Reichsverfassung unvereinbar. Die in der neuen Reichsverfassung ausgesprochene Gleichberechtigung wird im Landwirtschaftskammergesetzentwurf den Arbeitnehmern verweigert. Aus der Begründung des Entwurfs geht mit seinem Wort hervor, warum dies geschieht. Auch sonst ist ein Grund dafür nirgendwo ersichtlich.“

Der Vorstand erinnert dann daran, daß in den vorliegenden Plänen für den Ausbau der Handels- und Gewerbestammern zu Grundstücken für ein System von Bezirkswirtschaftsräten eine paritätische Besetzung der Kammern vorgesehen ist. Er fordert für die Landwirtschaftskammern das gleiche, indem er schreibt:

„Die Parität zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern in den Landwirtschaftskammern ist um so dringlicher zu fordern, als zu den Arbeitnehmern im Sinne des Gesetzes ja nicht bloß die eigentlichen Lohn- und Gehaltsempfänger, sondern auch die Familienangehörigen der Arbeitnehmer gerechnet werden.“

Das ist natürlich richtig. Wenn schon derartige öffentlich-rechtliche Berufsvertretungen geschaffen werden, so müssen sie zum mindesten paritätisch sein. Ein bißchen mehr will es uns indessen erscheinen, wenn der Vorstand des Landarbeiterverbandes nach den Gründen für das Dreiklassenrecht fragt. Ist der Wahlanspruch der Grundbesitzer nicht Grund genug? Der Landarbeiterverband sollte doch seine Gegner kennen und wissen, daß man mit ihnen nicht fertig wird, wenn man höflich nach ihren Gründen fragt, sondern nur, wenn man ihren Ansprüchen die Forderungen der Arbeiter mit der gleichen Schärfe entgegenstellt. Nach den Gründen fragen, heißt die Bereitwilligkeit zur Diskussion über den beanstandeten Punkt aussprechen. Wir meinen aber, daß über dieses Dreiklassenrecht nicht diskutiert zu werden braucht.

„Volkskaiserium“

In seiner am Hauptverhandlungstage der in Frankfurt stattfindenden alldeutschen Tagung gab der Vorsitzende Clay einen Rückblick auf die Geschichte des Verbandes und schilderte hierbei die Kämpfe, die der Verband selbst gegen den Kaiser und seine Diplomaten auszufechten hatte. „Was ist aus Capriol geworden, was aus Wilow, was aus Weismann?“ sing Clay bedeutungsvoll an. Der alldeutsche Verband habe sogar den Kaiser überdauert. Aber auch ein Unglück habe sein Gutes, denn nun sei der Weg für ein echtes deutsches Volkskaiserium frei!

Nach einer antisemitischen Hezrede des Oberschulrats Bang aus Dresden, der sich insbesondere gegen die Wahl des Genossen Löwenstein als eine „Veruschung“ wendete und der den Satz ausstellte, daß es nichts unvölkisches als die nationale Einheitschule gebe, ergriff Freiherr von Vietinghoff-Scheel das Wort. Er machte Mitteilung, daß die deutsche Adelsgesellschaft eine neue Adelsmatrix anzulegen beschlossen hat, die jedoch „zu stark mit jüdischem Blut behaftete Familien, insbesondere aller seit 1800 geadelter, deren Stammvater ein Jude gewesen sei“, ausschließen.

Unter Heulrufen und Abhängen des Deutschlandsliebes ging der alldeutsche Kongress wieder auseinander.

Das wahre Antlitz

Die Arbeitsdienstpflicht

Das „Berliner Tageblatt“ bemüht sich ernsthaft um die Idee der Arbeitsdienstpflicht, was sicher nicht nur auf den der ganzen bürgerlichen Presse anzumerkenden politischen Stoffmangel zurückzuführen ist, sondern einem inneren Bedürfnis und dem reaktionären Wesen dieses Blattes entspricht. Es läßt sich durch einen Mitarbeiter auf Grund einer Unterredung mit dem bulgarischen Geschäftsträger ausführlich über das in Bulgarien bereits in Kraft befindliche Gesetz ähnlicher Art berichten, das schon mehrfach als das Muster für die bevorstehende Tat des Reichswirtschaftsministers Scholz hingestellt worden ist.

Der Bericht gibt ein reizendes Bild. In Bulgarien werden alle männlichen Personen im 20. Lebensjahre und die weiblichen von 16 bis 18 Jahren durch Rekrutierungskommissionen „ausgemustert“ und für ihren heimatischen Landstrich zu Arbeitszwecken herangezogen. Die Dauer der Dienstpflicht beträgt für Männer ein Jahr, für Frauen 8 bis 10 Monate. Innerhalb dieser Zeit erwerben die Eingezogenen „gewisse Fachkenntnisse“, wie es in dem Bericht heißt, die für die bevorstehenden Bedürfnisse ihres Kreises erforderlich sind. In Gegenden zum Beispiel, wo Flußüberschwemmungen häufig sind, werden sie in Dammarbeiten unterworfen. Die städtische Bevölkerung wird ungefähr im Sinne unserer „Technischen Rothhilfe“ für soziale und wirtschaftliche Eventualitäten herangebildet.

„Eventualitäten“ sagt alles. Da aus den bisherigen, allerdings sehr dürftigen Andeutungen über die gesehenerischen Absichten des Reichswirtschaftsministeriums zu entnehmen ist, daß bei dem

bevorstehenden Gesetzesentwurf in erster Linie an die Erfassung der Arbeitslosen in einem Arbeiterheer gedacht wird, würde ein derartiger Versuch, nach diesem bulgarischen Muster ausgeführt, darauf hinauslaufen, daß man die Arbeitslosen zwangsweise organisiert und zur Arbeit treibt, um sie im Notfall gegen streikende Arbeiter ins Feld führen zu können. Wir sehen ganz ab von der Frage der tatsächlichen Zweckmäßigkeit der Arbeitsdienstpflicht überhaupt. Wir sprechen nicht von den Nachteilen, die ein solches Unternehmen für die Gewerkschaften und für die Erfüllung ihrer Aufgaben mit sich bringen würde. Darüber kann kein Zweifel bestehen, daß sich die Gewerkschaften bis zum Äußersten gegen diesen Anschlag wehren müssen. Aber jener oben angedeutete Gedanke, die Not der Arbeitslosen zu benutzen, um sie zu einer von ihnen selbst und von ihren Klassengenossen als verabscheuenswürdig und unehrenhaft empfundenen Handlung gewaltsam zu zwingen — dieser Gedanke zeugt von einer so ungläublichen littischen Verworfenheit, daß man es kaum für möglich halten sollte. Und so etwas regiert in Deutschland!

Mit Schmunzelnlesenden Letztern hebt das Tageblatt besonders folgenden Satz hervor: „Bulgarien ist in der Lage, jährlich 60 000 Mann in der Arbeitsdienstpflicht zu halten, die im Verhältnis zu der kleinen Bevölkerungsziffer (5 Millionen Seelen) eine stattliche Energiequelle darstellen.“

Allerdings: eine stattliche Quelle reaktionärer Energie. Ein deutsches Arbeiterheer von der gleichen relativen Größe, in der Hand der kapitalistischen Staatsgewalt und vorangetrieben durch bewaffnete Soldner — das wäre nicht nur ein gesundes Treiben für die kapitalistische Reaktion, sondern es wäre wahrhaftig eine irdische Leistung der „Wiederaufbaumänner“ der Deutschen Volkspartei und ihrer Verbündeten und fernherin ein Sittenbild, das vor aller Welt das innere Wesen des neuen Deutschland der „vollendeten Demokratie“ trefflich enthüllen würde.

Hans Leuß

Aus Sireliß wird uns mitgeteilt, daß Hans Leuß am Dienstag infolge eines Schlaganfalls plötzlich gestorben ist. Leuß war ursprünglich in der antisemitischen und christlich-sozialen Bewegung tätig, um sich allmählich zum Sozialdemokraten zu entwickeln. Nach der Revolution wurde er Führer der Rechtssozialisten in Mecklenburg-Sireliß. Er vertrat innerhalb der Partei mit zunehmender Energie den Standpunkt des linken Flügels. Er bekämpfte insbesondere in den auswärtigen Fragen die nationalistische Strömung und wurde ein scharfer Gegner der Kosle-Politik. In Mecklenburg richtete er, der ein guter Kenner agrarischer Verhältnisse war, sein Hauptaugenmerk auf die Gewinnung der Landarbeiter. Leuß, ein regelmäßiger Mitarbeiter der „Welt am Montag“, war ein gewandter Journalist, der in klarem und scharf herausgearbeitetem Stil schrieb.

Die deutsche Neutralität

Brüssel, 28. September. (Havas-Reuters.)

Die deutsche Regierung hat, wie gemeldet wird, beschlossen, sich der Durchfahrt der von Belgien nach Polen bestimmten Sanitätszüge durch deutsches Gebiet zu widersetzen. Notiz des W. T. B.: Wie wir von unterrichteter Seite hören, konnte von der deutschen Regierung eine Entscheidung über die Durchfahrt der Züge noch nicht getroffen werden, da zunächst festgestellt werden muß, daß diese Züge ausschließlich Sanitätsmaterial enthalten.

Bei dieser Feststellung, die von der Regierung selbst gewünscht wird, sollen die Arbeiter nicht verärgern, ihre wichtigen Dienste zu leisten. Nur so wird sich einwandfrei feststellen lassen, welchen Inhalt die belgischen Züge haben. Nur durch die energische Mitwirkung der Arbeiterschaft kann der Transport von Waffen und Menschen gegen Sowjetrußland verhindert werden.

Aus dem ungarischen Sumpf

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Wien, 28. September.

Die ungarische Gesandtschaft bekräftigt die Echtheit der sich auf die Christlich-Sozialen beziehenden Dokumente, sie gibt aber vorübergehend die Echtheit der anderen Dokumente zu. Die Wiener „Arbeiterzeitung“ veröffentlicht einen zwischen dem ungarischen Außenministerium und der Zeitungsvorleger-Gesellschaft Eibemühl abgeschlossenen Vertrag, nach dem der Gesellschaft eine Extraprovision von einer Viertel Million Kronen jährlich und dem Direktor Erdoes 60 000 Kronen und 30 000 Mark zugesichert werden. Nach Abschluß des Vertrages verbreitete der Staatssekretär Rutkajasz im Ministerium für nationale Minoritäten von Erdoes folgende Nachricht: Die ruzenische Bevölkerung empört sich gegen die Angliederung an die Tschekoslowakei und an Rumänien und fordert die weitestgehende Vertreibung dieser Rasse. So laßbrillert man ungarische Nationalität! Als die Auszahlung der Provision nicht prompt erfolgte, kochte der Pressechef der Gesandtschaft nach Budapest: „Die Verpöschung der Auszahlung schadet der Autorität der ungarischen Regierung im Ausland.“ Andere Akten beweisen, daß die gewissenlosen Armeekommandanten Dank und Koech die ungarische Gesandtschaft um Unterstüßung eines von ihnen redigierten sonderbaren Statutes nachsuchen. 5000 Kronen wurden ihnen zugesagt. Weitere politisch noch wichtigere Veröffentlichungen folgen.

Prag, 28. September.

Der Wiener Vertrauensmann des „Pravo Vidu“ zeugt die magyarische Gesandtschaft, welche die vom „Pravo Vidu“ veröffentlichten Schriftstücke als Fälschungen bezeichnet hat, der Lüge, und behauptet, jene Schriftstücke seien durchweg echt, sie seien aus dem Archiv der Gesandtschaft genommen, photographiert und wieder im Archiv hinterlegt worden. Der Berichterstatter beschreibt das Archiv der magyarischen Gesandtschaft in Wien, um zu zeigen, daß er das Innere der Gesandtschaft und darin den Kasten kennt, in welchem die vertraulichen Schriftstücke sich befinden, deren Aufschriften er angibt. Der Berichterstatter will am Sonntag, den 19. September, in der magyarischen Gesandtschaft alle später veröffentlichten Schriftstücke an Ort und Stelle gesehen haben und kündigt weitere Veröffentlichungen an, um der ungarischen Propaganda mit Geld und Waffen ein Ende zu machen, die Mitteleuropa in den Abgrund zu stürzen drohe.

Preussische Landesversammlung

Dienstag, den 28. September.

Auf der Tagesordnung steht die Beratung einer Reihe von Anträgen der verschiedensten Parteien über die Erzeugerpreise und die Freigabe der landwirtschaftlichen Erzeugnisse sowie die Förderung des Futterbaues und die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Zucker. In Verbindung damit steht die Beratung der Anträge der Abg. Wittich (Soz.) und Richter (Zit.) auf Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung und über die Befreiung von Saatgetreide, die Beratung des Antrages des Abg. Dr. Reineke (Zit.) über die Festsetzung künstlicher Düngemittel, eine große Anfrage des Zentrums über die Befreiung der Landwirtschaft mit Kunstdünger und eine solche der Sozialdemokraten gegen die

Preissteigerung für Kartoffel und Vieh, infolge Aufhebung der Zwangswirtschaft.

Zu der großen Anfrage des Zentrums führt Abg. Knaul (Zit.) aus: Die Befreiung mit Kunstdünger, die keineswegs lediglich eine Angelegenheit von höchster allgemeiner volkswirtschaftlicher Bedeutung ist, mußte naturgemäß rapid zurückgehen. Die Kunstdünger enthalten in der Hauptsache Stickstoff, Phosphorsäure und Kalk. Gerade die Befreiung mit Phosphorsäure ist gegenwärtig unzureichend. Die Regierung muß, um eine wesentlich bessere Befreiung der Landwirtschaft mit Kunstdünger herbeizuführen, bei der Reichsregierung dahin wirken, daß die Erzeugung von Kunstdünger mit allem Nachdruck gefördert wird, und zwar durch hervorragende Befreiung der Düngemittel mit Kohlen.

Abg. Feinert begründet die große Anfrage seiner Partei wegen der

Preissteigerung für Kartoffeln und Vieh.

Die Reichsregierung hat durch Verordnung vom März einen Mindestpreis von 25 M. für die behördlich geregelten Kartoffeln festgesetzt, um den Kartoffelanbau zu fördern. Später verlangte die Regierung dann, daß die Landwirtschaft mit den Gemeinden Lieferungsverträge über Kartoffeln abschließen sollte, und es wurde ein Marktpreis von 25 M. mit einem Lieferungsaußschlag von 5 Mark und einem Handelszuschlag von 1,75 Mark vereinbart. Die Reichsregierung erklärte, wenn nicht 120 Millionen Zentner durch diese Lieferungsverträge gesichert seien, so müßte die Kartoffelbewirtschaftung anders geregelt werden. Tatsächlich sind nur 32 Millionen Zentner durch die Lieferungsverträge erfasst worden, weil die Gemeinden nicht das Risiko übernehmen konnten, wenn etwa bei Aufhebung der Zwangswirtschaft der freie Handel die Kartoffeln würde billiger liefern können. Dann hat aber die Reichsregierung ihre Verordnung kurzerhand aufgehoben und den freien Handel vom 15. September ab zugelassen. Dabei hat sie aber zugleich erklärt, daß die Lieferungsverträge mit den Städten mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften mit dem Preise von 30,75 M. weiter bestehen bleiben. Es ist zweifelhaft, ob der freie Handel die Verbraucher genügend versorgen wird, ein großes Bedenken besteht schon in der Transportfrage. Der Handel wird nicht die Kartoffeln den Bedarfsstellen nach den Bedürfnissen der Verbraucher zuführen, sondern nach dem Gewinn des Händlers.

Jetzt ist keinerlei Aussicht, daß der Kartoffelpreis unter 31,75 M. sinkt. Die landwirtschaftlichen Organisationen wollen zwar zu niedrigen Preisen für die minderbemittelte Bevölkerung liefern. Also diese Lieferungen werden für die großen Städte keine Bedeutung haben. Die Eisenbahnen haben in den Verteilungsprozess eingegriffen. Man mußte mindestens Vorzüge treffen, daß die Verteilung der vorhandenen Kartoffeln wenigstens so geschieht, daß die Bevölkerung die Sorge, überhaupt keine Kartoffeln zu bekommen, los wird. Statt dessen hat man der Sorge noch eine größere hinzugefügt durch Aufhebung der Fleischwirtschaft.

Die freie Fleischbewirtschaftung kann außerordentlich großen Schaden herbeiführen. Die Fleischkonzerne-Aktiengesellschaft, eine private Monopolorganisation soll den Einkauf regeln und Deutschland mit billigem Fleisch versorgen. Während man sonst Monopole überall abbaut, z. B. bei den Kohlen, errichtet man eine Fleischversorgung, ein privates Monopol! Die Viehpreise sind so gestiegen, daß die Landwirte das Brotgetreide und die Kartoffeln lieber an das Vieh verfüttern, als die Bevölkerung damit versorgen. Die Regierung hat keine rechten Vorbereitungen für die Aufhebung der Zwangswirtschaft getroffen. Jetzt, wo das Auslandsfleisch im Gegensatz von früher viel teurer ist, lassen wir es hereinkommen. Damals wurde die Einfuhr verboten, um den Preis des Inlandsfleisches zu erhöhen.

Durch den Abbau der Zwangswirtschaft wird eine Ueberlastung der Transportmittel eintreten, weil dann nur noch die Privatintereisen entscheiden. Wir beurteilen es durchaus, wenn die Eisenbahnen jetzt Kartoffeltransporte verhindern, aber solche Eingriffe zeigen, wohin wir bei der Aufhebung der Zwangswirtschaft kommen. Die Reichsregierung verweigert die allgemeine Stabilisierung, weil sie gar keine Stabilisierung darbietet, wie sie sich die Ernährungswirtschaft vorstellt. Meine Sorge ist noch verstärkt worden dadurch, daß am vorigen Sonnabend die Reichsregierung bei mir antrug, ob die vorliegende Anfrage nicht zurückgestellt werden könnte. (Hört!) Wir müssen von der Reichsregierung verlangen, daß sie allein die Verantwortung für ihre Maßnahmen trägt. (Beifall.)

Staatssekretär Hagendorf: Auch weite Kreise der Verbraucher haben die Freigabe der Kartoffeln und des Fleisches gefordert. Zu hohe Preise für Kartoffeln sind uns bisher nicht vorgekommen. (Widerpruch rechts.) Ich bitte um solche Nachweise. Der Preis von 25 M. war nicht einseitig von der Landwirtschaft, sondern durch den früheren Reichswirtschaftsminister Schmidt festgesetzt worden. Seit der Feststellung jenes Preises haben sich die Erzeugerpreise ganz erheblich erhöht. Die Anmeldungen der Städte zu den Lieferungsverträgen sind nur in geringem Maße eingegangen. (Hört! Hört! rechts.) An den Lieferungsverträgen muß festgehalten werden. Im freien Handel dürfen die Preise höchstens 25 M. betragen. Die Regierung wird scharfe Maßnahmen gegen den Kartoffelwucher treffen. Manche landwirtschaftliche Vertretungen haben sich bereit erklärt, der minderbemittelten Bevölkerung die Kartoffeln noch unter dem Preis von 25 M. zu liefern. Mittelt man an den festgesetzten Preis, so könnte das für die Zukunft des Kartoffelbaues verhängnisvolle Folgen haben. (Zustimmung rechts.) Für das Fleisch ist eine Reserve von 30 000 Tonnen Auslandsfleisch geschaffen, womit die Ernährung der Bevölkerung mit 125 Gramm die Woche auf drei Monate gesichert ist. Es wird kein unbeschränkter freier Handel mit Fleisch eintreten. Die Spiritusverarbeitung der Kartoffeln ist durch Verordnung vom 7. September verboten worden. (Beifall.)

Auf Antrag Held (D. V.) wird Votierung beschlossen. Abg. Held (D. V.) begründet einen Antrag, wonach alle Futurtagewinne aus der Ausfuhr von Handelsdünger zur Verbilligung dieses Düngers im Inland verwendet werden. Abg. v. d. Osten (Dnat.) Wir warnen vor jedem Zwang, nachdem der Krieg vorüber ist, denn Zwang führt zur extremsten Wirtschaft.

Genosse Klauener (U.S.P.):

Wer ist denn schuld an den Verhältnissen? Sie (nach rechts) sind schuld! (Großer Lärm rechts.) Sie, die Kriegsverlierer!

Die Aufhebung der Zwangswirtschaft war nicht nötig. Die bürgerlichen Parteien suchten damit nur die Landwirte zu fangen. Man verhetzt die Bauern gegen die Städte und der Landbau gründet bewaffnete „Selbstschutzzorganisationen“. So sind denn auch schon angebliche Kartoffelheide im Kreise Lettow erschossen worden. (Hört! Hört! links, Unruhe rechts.) Ich bezweifle, daß die diesjährige Ernte so schlecht ist. Der Bauer kommt bei den Kartoffelpreisen schon zurecht, aber die Kartoffeln werden ins Ausland verschoben, nach der Schweiz und Frankreich, weil das Riesengewinne abwirft. Je höher die Not im Lande steigt, umso mehr werden die Lebensmittelpreise hinaufgedrückt. Wo soll das hinführen? Die Streiks waren notwendig, um den Arbeitern ein menschenwürdiges Dasein zu sichern. Der Landwirtschaft werden wieder ungeheure Gewinne in den Taschen geworfen. Die bürgerliche Gesellschaft kann und will gar nicht helfen, nur der Sozialismus kann Rettung aus dieser Lage bringen. (Beifall bei den U.S.P.)

Nunmehr schlägt Präsident Feinert Vertagung vor und beraumt die nächste Sitzung an auf Mittwoch 1 Uhr mit der Tagesordnung: Wiederholte Abstimmung über das Kirchengesetz; zweite und dritte Lesung der Anträge über Groß-Berlin und Kartierung der Agrardebatten. Abg. Ludwig (U.S.) beantragt die Anträge über Groß-Berlin nicht auf die Tagesordnung zu setzen. Bei der Abstimmung erheben sich für diesen Antrag die beiden sozialdemokratischen Parteien. Das Haus ist sehr schwach besetzt, so daß das Ergebnis der Abstimmung zweifelhaft bleibt und im Wege des „Hammelsprung“ abgestimmt wird. In der Abstimmung beteiligen sich nur 156 Abgeordnete. Das Haus ist also nicht beschlußfähig. Es bleibt bei der vom Präsidenten festgesetzten Tagesordnung.

Weissenfee

Am 30. Mai ging die Regierung gegen die Freikorps „energisch“ vor. Sie erließ eine Verordnung, wonach mit schwerer Zuchthausstrafe bedroht wurde, wer an einem Verbandsmitglied militärischer oder polizeilicher Art teilnahm. Nach dem Erlass der Verordnung rüsteten sich die Freikorps zu einem neuen Schlag gegen die Regierung. Das frühere Freikorps Pfeifer, das offiziell aufgelöst war, brachte seine Angehörigen auf den Gütern in Mecklenburg unter der harmlosen Maske von Landarbeitern unter. Diese „Landarbeiter“ waren kompaniemäßig eingeteilt, sie hatten täglich zum Befehlsempfang anzutreten, täglich an die Abteilung des Hauptmanns Pfeifer zu melden, über welche Stärke sie verfügten. Wiederholt empfingen sie von Hauptmann Pfeifer genaue Befehle, Mobilisationspläne wurden aufgestellt, in denen verzeichnet war, wie der Aufmarsch gegen die Regierung erfolgen sollte.

Das Reichswehrministerium tat nichts. Die „Dr. Gek.“ rüstete, die offiziell aufgelösten Einwohnerwehren wurden aktiv und stellten sich von neuem in den Dienst der Konterrevolution. Sie waren militärisch gerüstet, in Kompanien eingeteilt, streng zentralisiert. Alle Merkmale der Eberischen Verordnungen waren vorhanden. Trotzdem erfolgte nichts. Bis man plötzlich glaubte, auf Grund der berichtigten Verordnung die Arbeiter fassen und ins Zuchthaus werfen zu können. In den bürgerlichen Zeitungen war viel Spitzmaterial über die sogenannte „rote Armee“ verbreitet worden.

In Weissenfee war am 19. August ein Sicherheitspolizist erschossen worden. Durch wen die Erschießung erfolgt ist, ist bis heute noch nicht aufgeklärt. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre ist mit der starken Möglichkeit zu rechnen, daß ein Losspiegel seine Hand zum mindesten mit dabei hatte. Allelei Spitzmaterial über die sogenannte „rote Armee“ befand sich, wie der Prozeß gezeigt hat (Ausgabe des Leiters der politischen Polizei, Regierungsrat Weich) schon seit Monaten in den Händen der Behörde.

24 Arbeiter, durchweg der kommunistischen Arbeiterpartei angehörig, wurden verhaftet und in das Polizeigefängnis eingeliefert. Sieben Tage lagte im Kriminalgericht ein außerordentliches Gericht, gebildet aus zwei Offizieren und drei Richtern.

Die bürgerlichen Zeitungen frohlockten, die Regierung war es durch „energische“ Zusätze gelungen, die radikalen Führer der „Roten Armee“ festzunehmen. Und was ergab der Prozeß? Beizits am dritten Verhandlungstage mußte ein großer Teil der Angeklagten „mangels dringenden Tatverdachts“ aus der Haft entlassen werden. Am vierten Verhandlungstage erfolgten neue Haftentlassungen, ebenso am fünften Tage. Und schließlich wurden nach der Verkündung des Urteils auch die letzten Angeklagten, mit Ausnahme von Michaelis, aus der Haft entlassen. Das ganze Anklagegebäude der Staatsanwaltschaft war reiflos zusammengebrochen. Nicht der geringste Nachweis, daß es eine „rote Armee“ gibt, war im Prozeß geführt worden. Einer der Hauptangeklagten, Falk, hatte, gefügig gemacht durch „Sammelbraten“ und Schweinefoteletten, die Mitangeklagten belastet und ungeheuerliche Phantasieprodukte über das Bestehen und die Organisation einer „Roten Armee“ zu Protokoll des vernehmenden Polizeibeamten gegeben. In der Verhandlung widerrief der Angeklagte Wort für Wort seiner früheren Aussage und erklärte, daß die Polizeibeamten ihm alle diese Dinge eingeredet hätten und daß er die Angeklagten, die von ihm belastet waren, überhaupt nicht gekannt hätte.

Der andere Angeklagte, auf dem die Staatsanwaltschaft ihren Anklagebau gestützt hatte, war Krüger, der durch einen Schuß eines Sicherheitspolizisten schwer verletzt war und nur auf einer Krankenbahnre den Verhandlungen beiwohnen konnte. Er erklärte, daß er, von wahnwitzigen Schmerzen gepeinigt, alles, was der vernehmende Polizeibeamte hören wollte, ausgefagt hätte, nur um endlich der Tortur zu entgehen und wieder auf sein Krankenlager zu kommen.

Das war das ganze Material, auf das die Staatsanwaltschaft sich gestützt hatte.

Dadurch, daß die beiden Angeklagten ihre früheren polizeilichen Aussagen widerriefen und dadurch, daß der Sachverständige, Medizinalrat Leppmann, Falk ausdrücklich als pathologischen Lügner bezeichnete, war der Anklage jeder Boden entzogen. Es ist unverständlich, wie das Gericht trotzdem auf Grund der früheren polizeilichen Aussagen des Krüger zu einer Verurteilung eines Teils der Angeklagten kommen konnte.

Das Verfahren war, wie von der Verteidigung aufs Schärfste betont wurde, vollkommen ungesetzlich. Der Reichspräsident hat die ungeheuerliche Verordnung auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassen. Nach Artikel 48 der Reichsverfassung kann der Reichspräsident im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung die nötigen Maßnahmen ergreifen. Ausdrücklich sind im Artikel 48 aber diejenigen Bestimmungen der Verfassung aufgeführt, die vom Reichspräsidenten außer Kraft gesetzt werden können. Das Recht jedes Staatsbürgers, vor das ordentliche Gericht zu kommen, kann vom Reichspräsidenten nicht aufgehoben werden, wie der Artikel 48 zweifelslos ergibt, nicht aufgehoben werden. Denn nach Artikel 105 der Reichsverfassung sind Ausnahmeverfahren unstatthaft und Artikel 103 wird als ausföhrbar nicht erwähnt.

Wenn man aber selbst dem Reichspräsidenten das Recht geben wollte zum Erlass einer solchen ungeheuerlichen Verordnung und zur Einsetzung eines außerordentlichen Gerichts, so ist dieses Recht des Reichspräsidenten doch auf jeden Fall ein höchst persönliches Recht. Das Recht kann nicht vom Reichspräsidenten auf einen anderen Minister übertragen werden. Das hat aber der Reichspräsident getan. Er hat in seiner bereits erwähnten Verordnung vom 30. Mai bestimmt, daß der Reichswehrminister die näheren Bestimmungen über die Zusammenfassung des außerordentlichen Gerichts und über das Verfahren vor diesem Gericht zu treffen habe. Der Reichswehrminister hat daraufhin eine noch ungeheuerlichere Verordnung erlassen, in der er bestimmte, daß für das Verfahren von dem außerordentlichen Gericht keine schriftliche Anklage notwendig sei, daß die nicht schriftliche Anklage nicht in gesetzlich vorgeschriebener Ladungsform zu erfolgen hat und daß es keine Rechtsmittel gegen sie zu geben brauche, keine Revision — gegen das Urteil also keine Berufung. Der Reichswehrminister teil des außerordentlichen Gerichts die wichtigsten hat damit also aus eigener Machtvollkommenheit die wichtigsten Bestimmungen der vom Reichstag erlassenen Strafprozessordnung geändert. Daß er hierzu nicht berechtigt war, kann überaus leicht keinem Zweifel unterliegen. Wenn man also selbst den Reichspräsidenten für besugt erachtet sollte, ein Gesetzgebungsrecht des Reichspräsidenten für besugt erachten sollte, ein Gesetzgebungsrecht des Reichspräsidenten zu übertragen, so mußte der Reichspräsident auf den Reichswehrminister zu übertragen, so mußte der Reichswehrminister sich doch auf jeden Fall im Rahmen der ihm einvernehmlich festgesetzten Bestimmungen halten. Eingeräumt war ihm ausdrücklich geräumten Befugnisse das Recht, Bestimmungen über das außerordentliche Verfahren zu erlassen. Mit keinem Wort war aber in der Verordnung des Reichspräsidenten davon die Rede, daß der Reichswehrminister diese Bestimmungen entgegen dem herrschenden Gesetz treffen dürfe, mit keinem Wort war die Rede davon, daß der Reichswehrminister die Beratung und die Revision aufheben und den Text einer schriftlichen Anklage bestimmen

dürfe. Befugt war der Reichswehrminister höchstens dazu, Ausführungsanordnungen zu erlassen, d. h. also Vorschriften, die rein technische Anweisungen für die Handhabung der bestehenden Strafprozessordnung geben durften, nicht aber Vorschriften, durch die die Strafprozessordnung aufgehoben wurde.

Nach der Reichsverfassung bedarf jedes Reichsgesetz, um gültig zu sein, der Gegenzeichnung des zuständigen Ministers. Hier hatte der Reichspräsident Ebert ein Justizgesetz erlassen, notwendig war also, wenn das Gesetz gültig sein sollte, die Gegenzeichnung des Justizministers. Diese Gegenzeichnung fehlt. Die ungeheuerliche Verordnung vom 30. Mai ist nicht vom Justizminister, sondern vom Reichswehrminister gegengezeichnet, ist also ungültig.

Eine schlimmere Rechtsverletzung ist nicht denkbar.

Die Stellung der Organisationen

Gera

Eine Mitgliederversammlung in Gera, die am 27. September stattfand, nahm ein Referat des Genossen Liebmann gegen die Moskauer Bedingungen entgegen. Als Korreferent sprach Genosse Viktor Stern für die Bedingungen. Nach der Diskussion wurde eine Resolution gegen die Bedingungen mit 182 Stimmen angenommen, der 328 Stimmen entgegenstanden.

Bezirk Chemnitz

Am 26. September fand in Chemnitz eine Bezirksversammlung für den Bezirk Chemnitz statt. Genosse Liebmann referierte gegen die Bedingungen, Genosse Eilrodt sprach für die Bedingungen. Nach eingehender Diskussion wurde namentlich abgestimmt. 54 Delegierte stimmten gegen, 31 für die Moskauer Bedingungen.

Gr.-Obernordorf und Osterwald

Die am 26. September tagende Mitgliederversammlung der Ortsvereine Gr.-Obernordorf und Osterwald nahm nach einem Referat des Genossen Schmidt für und Korreferat des Genossen Hoppe gegen die Bedingungen nach längerer scharfer, aber sachlicher Diskussion folgende Entschliessung mit drei Viertel aller Stimmen an:

„Die Versammlung sieht in den 21 Bedingungen den Grundstein zum Aufbau einer aktionsfähigen und tatkräftigen Internationalen, welche geschaffen werden muß, als wichtigste Voraussetzung zur Ueberwindung der Weltreaktion. Die Versammlung fordert vom Reichsparteitag, daß er den Anschluß an die 3. Internationale unter den 21 Bedingungen vollzieht.“

Kreisversammlung Soltan

Die Kreisversammlung des Kreises Soltan nahm am 26. September Stellung zu den Ausnahmebedingungen der 3. Internationale. Genosse Adershold hielt das Referat für Ablehnung und Genosse Sommerfeld das Referat für Annahme. Folgende Entschliessung wurde mit zwei Drittel Mehrheit angenommen:

„Die Kreisversammlung des Kreises Soltan erklärte sich für die Annahme der 21 Bedingungen der 3. Internationale, weil nur durch eine strikte Internationale die Sache des Weltproletariats gefördert werden kann.“

Kreisversammlung Hildesheim

Am 26. September tagte in Hildesheim eine Konferenz der Kreisorganisation Hildesheim, welche u. a. sich auch mit den Ausnahmebedingungen der 3. Internationale beschäftigte. Hierzu hielten Genosse Habenschlag das Referat für die Ablehnung und Genosse Pleitner das Referat für Annahme. Nach mehrstündiger scharfer Debatte wurde folgende Entschliessung angenommen:

„Die 2. Internationale brach wegen ihres sozialpazifistischen und reformistischen Charakters und der mangelnden sozialistischen Disziplin zusammen. Die weltpolitischen Ereignisse, die sich immer mehr zuspitzenden Verhältnisse zwischen Kapital und Arbeit, sowie der Aufmarsch der Weltreaktion zwingt das revolutionäre sozialistische Proletariat, sich eine strikte tatkräftige Internationale zu schaffen. Die Leitende und Bedingungen, die der 2. Kongreß der dritten Internationale beschloß, bilden die Voraussetzung zu einer wirklichen proletarischen Internationale. Die Kreisversammlung lehnt deshalb alle formalen Bedenken ab und hält es im Interesse der Revolutionierung der Welt zum Sturze des Kapitalismus für notwendig, daß unsere Partei sich unter grundsätzlicher Anerkennung der Leitende und Bedingungen der 3. Internationale anschließt.“

Kreisparteitag Braunschweig

Am 25. und 26. September hielt die U. S. P. D. des Freistaates Braunschweig einen außerordentlichen Parteitag. Das Referat über den Anschluß zur 3. Internationale hielt im Auftrag der Zentrale der Genosse Dexter, Korreferent war der Genosse Stöcker. Nach längerer Aussprache wurde in namentlicher Abstimmung mit 76 gegen 20 Stimmen beschloßen, die Bedingungen der 3. Internationale anzunehmen. Die Entscheidung darüber, ob die Anhänger der Bedingungen ihre Mandate als Landtagsabgeordnete behalten dürfen, wurde bis zum Reichsparteitag zurückgeschickt. Der Parteitag beschäftigte sich dann noch eingehend mit dem Genossen Ehardt, der vom Ortsverein Braunschweig beschuldigt wurde, eine Politik zu treiben, die nicht mit dem Programm der Partei in Einklang zu bringen ist. Besonders wurde ihm — neben anderen Dingen — vorgeworfen, daß er im Verein mit der kommunistischen Partei die sofortige Bildung von politischen Arbeiterräten propagiert. Ein Antrag, ihn auszufordern, sein Mandat als Reichstagsabgeordneter niederzulegen, wurde angenommen. Ehardt antwortete unter stürmischen Widerspruch der Delegierten, aber sein Mandat entkündete der Parteitag. Der Parteitag betonte ausdrücklich, die Aberkennung des Mandats sei nicht erfolgt, weil Ehardt Anhänger der Bedingungen sei, sondern wegen seiner sonstigen politischen Tätigkeit.

Krefeld

Eine stark besuchte Mitgliederversammlung der U. S. P. Krefeld nahm nach einem Referat des Genossen Stöcker und nach einem Korreferat des Genossen Guimann gegen 6 Stimmen folgenden Antrag an:

„Die Mitgliederversammlung der U. S. P. Krefeld beschließt, für den Bezirk, wie den Reichsparteitag nur Genossen zu delegieren, die für den Anschluß an die 3. Internationale auf Grund der 21 Bedingungen stimmen werden. Durchdrungen von der Notwendigkeit einer strikten sozialistischen Diktatur, erkennt die Versammlung die heldenmütigen Leistungen Sowjetrusslands um die Befreiung der Arbeiterklasse in der ganzen Welt an und gelobt aufs neue, alle Kräfte einzusetzen, um den russischen Brüdern tatkräftig zu helfen.“

Kreisversammlung Mörs

Eine Kreisversammlung in Mörs beschloß mit 28 gegen 2 Delegierte den Anschluß an die Dritte Internationale auf Grund der Bedingungen.

Siegen-Lauterbach

Die oberheßische Organisation lehnte auf ihrer Kreisversammlung die Anschlußbedingungen zur 3. Internationale einstimmig ab.

Friedberg-Büdingen

Nach Entgegennahme eines Referates und Korreferates sowie eingehender Diskussion lehnte die Kreisversammlung mit Mehrheit die Moskauer Bedingungen ab.

Weglar

Eine gutbesuchte Kreisversammlung lehnte die Bedingungen zum Anschluß an die 3. Internationale einstimmig ab.

Die Leistung der Rechtssozialisten

Roske taucht auf

Auf dem Gebiete der Romik hat der „Vorwärts“ gelegentlich recht erbauende Leistungen aufzuweisen. Gestern setzte er sich mit Stresemann auseinander, der von Sorgen gequält wird wegen der Frage, ob die Rechtssozialisten wieder Regierungspartei werden sollen. Das ist natürlich eigentlich nicht Stresemanns Sorge, darin hat der „Vorwärts“ recht. Und auch nicht mehr.

Am der Politik des rechtssozialistischen Blattes interessieren uns auch nur die folgenden Sätze:

Klarer kann nicht zum Ausdruck gebracht werden, was die Teilnahme der Sozialdemokratie an der Regierung erreichen soll: nämlich die Festigung der bürgerlichen Interessen! Hierdurch schwächen auch nicht die weiteren Ausführungen Stresemanns ab, die von einer Gleichberechtigung der Arbeiterschaft mit dem Bürgerium sprechen. Die Sozialdemokratie aber muß es nach wie vor ablehnen, sich zur Schluppenträgerin einer bürgerlichen Interessenwahrnehmenden Politik zu machen. Sie wird ihre Aufgabe als Führerin der Arbeiterschaft nicht erfüllt sehen, wenn sie einige Ministerposten von Stresemanns Gnaden erhalte.“

Wie das klingt! Was wenn die Rechtssozialisten nie so etwas getan hätten, als wenn sie nie die „Schleppenträger“ bürgerlicher Interessenpolitik gewesen und durch ihre Koalitionspolitik nie zur „Festigung der bürgerlichen Interessen“ beigetragen hätten. Stresemanns Einschätzung der Partei ist durchaus nicht unbegründet. Kommt doch das berufenste Demonstrationssubjekt dafür, daß die ganze Regierungspolitik der Rechtssozialisten nichts anderes erreicht hat, als die Festigung der bürgerlichen Herrschaft und die Förderung der Reaktion, in der gleichen Nummer des „Vorwärts“ wieder einmal zum Wort. Roske nämlich, der hat in den Unterräumen eine Rede gehalten. Er findet, daß die Zeit erst noch „reifer“ werden muß, bevor die Rechtssozialisten wieder in die Regierung gehen könnten. Hält sich Roske etwa bereit für diesen Zeitpunkt der Reife? Das so etwas überhaupt noch öffentlich austritt und daß dieses öffentliche Auftreten von der rechtssozialistischen Presse nicht schamhaft unterdrückt wird, ist Standal genug.

Kongreß der tschechischen Linken

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)

Prag, 28. September.

Heute war der letzte Tag des Kongresses. Früh wurde das Ergebnis der gestern vorgenommenen Wahlen in die Parteileitung verkündet. Zwei Drittel der Parteivertretung besteht aus Handarbeitern. Daraus gelangte das Aktionsprogramm zur Abstimmung. Zu dem letzten Absatz wurde noch folgender Zusatz gemacht:

„Es ist dafür zu sorgen, daß die weitere Parteioffenlichkeit von diesem Schritte rechtzeitig informiert wird, damit die Organisationen die Möglichkeit haben, sich frei über den Beitritt und die Bedingungen zu entscheiden.“

Dann wurde das Aktionsprogramm mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. Der angenommene Zusatz bedeutet, daß die Partei grundsätzlich auf dem Boden der dritten Internationale steht, daß aber über die Aufnahmebedingungen noch nicht jetzt entschieden werden kann.

Die nicht neugewählten Parteifunktionäre werden aufgefordert, ihr Amt in die Hände des Parteivorstandes zurückzugeben.

Dann sprach Sméral und resümierte die Ergebnisse des Parteitag. Im Schlußwort verwies der Vorsitzende darauf, daß der eben beendete Kongreß der 13. ordentliche Parteitag der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei war. Zum Vorsitzenden wurde Sméral gewählt.

Unter Abhängung von revolutionären Liebern wurde der Kongreß geschlossen.

Rußland und der Krieg mit Polen

Moskau, 26. September.

In einem Interview mit dem Vertreter des Unabhängigen Zeitungsdienstes äußerte sich Kadel über den Krieg mit Polen. Die Entente hat weder die Siege noch die Niederlagen der Roten Armee ihren Ursachen nach begriffen. Sie hofft nach jedem Mißerfolg der Roten Truppen auf den Zusammenbruch der Sowjetmacht und hält andererseits völlig inkonsequent nach jedem Erfolge das neue Rußland für unbesiegbar. Die bürgerliche Welt findet keine natürliche Erklärung für die Erfolge und die Rückschläge Sowjet-Rußlands, das als ein mystisches Wesen gilt. Kadel nennt die natürlichen Gründe der russischen Erfolge und Fehlschläge. Rußland verfügt über die größere Zahl von Kämpfern und Hilfskräften. Auf der russischen Seite ist der Vorteil der inneren Einigkeit. Auch die Militärindustrie der Sowjet-Republik ist seit 1919 leistungsfähiger als 1917/18 unter zaristischer Verwaltung. Die roten Truppen sind in 40 Tagen 600 Werst vorgezogen. Dieses schnelle Vorwärtstreiben macht eine vorübergehende Rückwärtsbewegung leicht erklärlich. Der Raumverlust beträgt 200 Werst, während 400 Werst noch fest in den Händen der roten Truppen sind. Die Lage dürfte sich in Kurzem noch zu Gunsten Rußlands verbessern, da Rußland große Reserven hat, weil es infolge der Verheerung unmöglich ist, mehr als ein Zehntel des Heeres an die Front zu senden. Die rote Armee weiß, daß die Arbeiter- und Bauernregierung lieber Senen, als Kanonen fabrizieren würde. Die Truppen sind sich bewußt, daß sie für ihre eigene Sache kämpfen, und ihr Geist ist dem aller anderen Heere überlegen. Wenn Polen in Lita einen Frieden sucht, der frei von imperialistischen Interessen ist, so wird Rußland zustimmen. Zur Abwehr fremder Eroberungsgelüste scheint Rußland vor seinem Winterfeldzug zurück. Die rote Armee wird mit neuen Siegen und mit der Revolution das Ende des bürgerlichen Volens herbeiführen.

Französischer Gewerkschaftskongreß

Paris, 28. September.

Die „Lavor“ aus Orleans meldet, daß der Kongreß des Allgemeinen Arbeiterverbandes begonnen. Es sind rund 2000 Delegierte vertreten. Die Minoritätsrichtung scheint ungefähr ein Drittel der Versammlung zu umfassen.

Aus aller Welt

Mord an einer Sozialdemokratin

Oslo, 28. September.

Die „Aker Zeitung“ meldet: Montag früh wurde auf ihrer kleinen Wohnung in Schiloren bei Vaa die sozialdemokratische Stadtverordnete Frau Theresie Gjohol im Wette ermordet angelassen. Ihr Schädel war durch einen Selbstschuß gespalten, das Blut mit Petroleum übergossen und angezündet. Gesicht und Oberkörper waren bereits verkohlt. Als Täterin wurde die frühere Oberlehrerin des Vajunas aus Vaa, Fräulein Thiele, die in einem Zimmer neben der Getöteten wohnte, ermittelt. Die Thiele bestritt die Tat und gibt an, daß eine Bombe explodiert vorliege. Nachmittags wurde hinter einem Holzstoß ein blutbeflecktes Kleid aufgefunden. Die Thiele ist als eine nicht ganz zurechnungsfähige Person bekannt. Frau Gjohol hat sich besonders auf dem Gebiete der sozialen Frage betätigt.

Betriebsräte

Holzarbeiter-Betriebsräte zum Betriebsräte-kongress

In der zahlreich besuchten Versammlung... Holzarbeiter-Betriebsräte zum Betriebsräte-kongress

Genosse Kleinschmidt gab den Bericht von der Generalversammlung der Betriebsräte.

Über den bevorstehenden Kongress der Betriebsräte und die Wahl der Delegierten dazu...

Die Betriebsräte der Groß-Berliner Holzindustrie und die hinter ihnen stehenden Arbeiter und Angestellten...

1. Die sofortige Einberufung eines Betriebsräte-kongresses aller Betriebsräte.

2. Richtlinien für eine organisierte Zusammenfassung aller Betriebsräte in Bezirken und im Reich...

3. Die konsequente Ablehnung der Arbeitsgemeinschaften zwischen den Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden...

4. Die Ausgestaltung eines Arbeitsprogramms für die Betriebsräte, um im gesamten Reich in allen Industriezweigen...

Die Einwirkung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse zwingen die Arbeiterklasse zur Annahme des Kampfes...

Die in Industriezweigen vereinigten Betriebsräte müssen die Träger der Produktion, das Fundament der sozialistischen Wirtschaft sein.

Der Reichsbetriebsräte-kongress muß daher die vorgezeichneten Aufgaben erfüllen, wenn die Befreiung des Proletariats vom kapitalistischen Joch durchgeführt werden soll.

In der Diskussion wendeten sich Heinrich (S.P.D.) und Bauerjanz (S.P.D.) gegen die Ausführungen...

Zur Frage der Arbeitslosen referierte Genosse Thielemann. Gemählt wurden die Genossen Precht, Gräuber, Potapp.

Richtigstellung

In der „Freiheit“ vom 28. September veröffentlichten die Genossen Sabath und Bollmerhaus eine „Richtigstellung“...

Beilage, sehe ich mich aber genötigt, um für spätere Zeiten keinen Präzedenzfall zu schaffen...

Bewerkschaftliches

Arbeitslosenversammlungen

Aus dem Bureau der Zentrale der Betriebsräte wird uns geschrieben:

Die von der Zentrale der Betriebsräte zu Montag, den 27. d. M. einberufenen 11 Arbeitslosenversammlungen nahmen außer einer (Banken und Handel) einen beunruhigenden Verlauf.

Der Zweck der Versammlung war, die Arbeitslosen in die Industriezweigen, denen sie nach Berufen bzw. nach ihrer letzten Beschäftigung angehören, einzugliedern.

Die Unternehmern haben die Einführung der Zeitarbeiterarbeit am 1. Oktober in ihrer Versammlung einstimmig abgelehnt.

Achtung, Töpfer!

Die Unternehmern haben die Einführung der Zeitarbeiterarbeit am 1. Oktober in ihrer Versammlung einstimmig abgelehnt.

Die Utopie in der Wirklichkeit

Eine Friedensnovelle.

von August Strindberg.

Denselben Februarvormorgen, als Frau von Bleichroden auf dem Wege zum Hospital gemieden war und wieder nach Hause hatte umkehren müssen...

Erde sein konnte. War er tot, und war er in eine andere Welt gekommen?

Aber dann blickte er wieder auf, und nun sah er das ganze sonnige Gemälde von dem Fenstergitter eingefasst und gefreuzt...

Als der Arzt seine zweite Kunde machte, fand er Herrn von Bleichroden in einem Stuhl vorm Fenster ruhig darsitzen und vor sich hin summen.

Herr Doktor — sagte er und wies auf das Eisengitter — warum wollen Sie ein so schönes Gemälde brandmarken, fleur-de-lisieren?

Der Arzt sagte seine Hand, um heimlich mit dem Zeigefinger den Puls an der Daumenwurzel zu untersuchen.

Herr Doktor — sagte er und wies auf das Eisengitter — warum wollen Sie ein so schönes Gemälde brandmarken, fleur-de-lisieren?

Der Arzt sagte seine Hand, um heimlich mit dem Zeigefinger den Puls an der Daumenwurzel zu untersuchen.

Herr Doktor — sagte er und wies auf das Eisengitter — warum wollen Sie ein so schönes Gemälde brandmarken, fleur-de-lisieren?

Herr Doktor — sagte er und wies auf das Eisengitter — warum wollen Sie ein so schönes Gemälde brandmarken, fleur-de-lisieren?

zu lassen. Auch der Arbeitsnachweisvertrag, trotzdem von der paritätischen Kommission einstimmig beschlossen, wird aus diesem Grund nicht abgeschlossen.

Kollegen! Die Situation ist ernst. Es ist nicht jedes einzelnen Kollegen zur Versammlung am Mittwoch, den 29. d. Mis., abends 8 Uhr in den Sophienfäden, Sophienstr. 12/13, zu erscheinen...

Groß-Berlin

Gegen die rote Rathsherrschaft

Die „Deutsche Tageszeitung“ beschäftigt sich mit der vom 17. er Anschluß der preussischen Landesversammlung beschlossenen Gesetzesänderung, wonach 12 Stadträte unbedenklich sein müssen.

Diese vier Stadträte kommen natürlich gegen die übrigen 28 überhaupt nicht zur Geltung, weshalb man den Zentrumsantrag als meine Salbe bezweifelt hat...

Das Bürgerium hat also von der als parlamentarische und politische Großtat gepriesenen Verschlimmbesserung des Gesetzes nicht viel, vielmehr gar nichts zu erwarten.

Die unabhängigen Parteifunktionäre als Austraggeber der Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung werden — was man ihnen nicht einmal verübeln kann — auf ihrem Schein bestehen.

Die unabhängigen Parteifunktionäre als Austraggeber der Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung werden — was man ihnen nicht einmal verübeln kann — auf ihrem Schein bestehen.

Die unabhängigen Parteifunktionäre als Austraggeber der Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung werden — was man ihnen nicht einmal verübeln kann — auf ihrem Schein bestehen.

Die unabhängigen Parteifunktionäre als Austraggeber der Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung werden — was man ihnen nicht einmal verübeln kann — auf ihrem Schein bestehen.

Die unabhängigen Parteifunktionäre als Austraggeber der Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung werden — was man ihnen nicht einmal verübeln kann — auf ihrem Schein bestehen.

Die unabhängigen Parteifunktionäre als Austraggeber der Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung werden — was man ihnen nicht einmal verübeln kann — auf ihrem Schein bestehen.

Reaktionäre Schulpolitik

Das Provinzialschulkollegium zu Berlin hat in einer Entscheidung gegen die Oberlehrerin Fräulein Panten am Obergymnasium in Spandau als bewiesene bezeichnet, daß sie „Politik“ in die Schule getragen habe.

Dieser „Beweis“ stützt sich auf folgende Aussagen der Schülerrinnen: einmal (vor einem Jahr) hat Fräulein Panten bei Verturen des Römerbrieves gesagt: Wenn Paulus heute lebte, würde er vielleicht sagen: „Ich Gott nicht auch der Gott der Sozialdemokratie“?

Ein anderes Mal, vor 1/2 Jahre, hat Fräulein P. gesagt: „Die Arbeiterklassegehörig für Deutschland kam reichlich spät. Die Arbeiter hätten bereits zum Selbstschutz gegriffen“ (oder so ähnlich).

— Wissen Sie, Doktor —, sagte der Kranke mit lebhafter Bewegung, — wissen Sie, mit ist, als sei ich tot gewesen und sei wieder auf einem anderen Planeten zum Leben auferstanden, so schön ist es hier! Niemals habe ich mit träumen lassen, daß die Erde so herrlich sei!

— Doch, mein Herr, die Erde ist noch schön, wo die Kultur sie nicht verdorben hat und hier ist die Natur so stark, daß sie den Versuchungen der Menschen widerstand. Glauben Sie, Ihr Land ist immer so häßlich gewesen wie es jetzt ist? Nein, wo jetzt öde Sandebenen sind, die nicht eine Ziege ernähren können, da rauschten vormdem herrliche Wälder von Eichen, Buchen und Föhren, in deren Schatten das Wild weidete, wo fetter Herden von dem besten Schlachtvieh des Nordländers sich mit Eiheln mästeten.

— Sie sind Rousseauist, Herr Doktor —, fiel der Patient ein.

— Rousseau war Genfer, Herr Leutnant! Dort am Seeufer, in jener tiefen Buche, die Sie gerade über dem Wipfel der Ulme sehen können, dort, dort wurde er geboren, dort litt er, dort wurden sein Emile und Contrat social, die Evangelien der Natur, verbrannt, und dort, links, am Fuße der Balliser Alpen, wo das kleine Clazens liegt, dort schrieb er das Buch der Liebe, La nouvelle Heloise. Es ist nämlich der Genfer See, den Sie hier unten sehen!

— Der Genfer See! — wiederholte Herr von Bleichroden.

— In diesem stillen Tal —, fuhr der Arzt fort, — wo friedliche Menschen wohnen, haben alle verwundeten Geister Heilung gesucht! Sehen Sie dort rechts, gerade über der kleinen Landzunge mit dem Turm und den Pappeln; dort liegt Jerned. Dahin flüchtete Voltaire, als er in Paris ausgezinkt hatte, und dort behaute er die Erde und errichtete dem höchsten Wesen ein heiliges Haus. Dort liegt weiter hierher, Coppet. Dort wohnte Madame de Staël, die schlimmste Feindin des Volkserreters Napoleon, sie, die den Franzosen, ihren Landsleuten, zu sagen wagte, die deutsche Nation sei nicht Frankreichs barbarischer Feind, denn, Herr, die Nationen hassen einander nicht! Hierhin, sehen Sie jetzt nach links, hierhin an diesen ruhigen Binnensee flüchtete der zerriffene Byron, der gleich einem gebundenen Titan sich aus dem Garn losgerissen hatte, in das die Zeit des Rücktritts seine starke Seele hatte fangen wollen, und hier unten schrieb er sich seinen Tyrannenhof im Gefangenen auf Chillon von der Seele.

— Es freut mich —, sagte der Arzt, — daß die Art wirklich etwas über Sie vermocht hat. Sie haben Freiheit auszuüben.

— Es freut mich —, sagte der Arzt, — daß die Art wirklich etwas über Sie vermocht hat. Sie haben Freiheit auszuüben.

— Es freut mich —, sagte der Arzt, — daß die Art wirklich etwas über Sie vermocht hat. Sie haben Freiheit auszuüben.

Ein drittes Mal behaupteten die Schülerinnen, das Wahlrecht für die Frauen hätte gar keinen Zweck, jede Frau wolle doch wie ihr Mann. Da sagte Fräulein P.: Das müssen Sie aber, wenn Sie wahrheitsgemäß sind, nicht tun. Sie müssen sich vorher genau orientieren und dann selbständig wählen!

Vielleicht hat sie auch einmal vom "Kommunismus" der ersten Christen gesprochen.

Auf Grund dieses Materials wird vom Provinzialhochschulrat behauptet, es sei bewiesen, daß Fräulein Panton Politik in die Schule trage. Wenn sich ein Vorwurf überhaupt einen Sinn haben soll, dann kann es sich doch nur um Partei politisch handeln. Sie soll angeblich selber zugestanden haben, daß sie "Politik" in der Schule treibe. Gewiß wird sie ihrer verfassungsgemäßen Pflicht gerecht, zur staatsbürgerlichen Bildung der jungen Mädchen beizutragen. Rühmter aber kann aus diesen Tatsachen eine parti politische Beeinflussung der jungen Mädchen herausgelesen werden. Oder sollte die Aufforderung, sich ein eigenes Urteil zu bilden, bei dem heutigen Durchschnittsniveau politischer Einsicht als parteipolitisch gewertet werden?

Arbeiter-Bildungsschule U.S.V.

Bureau: Breite Straße 8/9, Hof rechts 1 Treppe.

Der nächste Vortrag für Stadtverordnete, Bezirksverordnete und Kommunale Kommissionen findet in der nächsten Woche am Mittwoch statt. Referent: Genosse Wenzel.

Proletarische Feiertage

Am Sonntag, den 3. Oktober, vorm. 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus in der Karlstraße unter Mitwirkung von Frau Ella Durier und Alexander Wolff. Eintrittskarten zu M. 2,50 sind in unserem Bureau, in der Buchhandlung „Freiheit“, in der „Freiheit“-Spekulation Johannstr. 9 und bei den Bezirksführern zu haben.

Die Karten für die folgenden Sonntage müssen von den Funktionären sofort hier abgeholt werden.

Sprechchor für die proletarischen Feiertage

Übungsstunde am Donnerstag, den 30. September, pünktlich abends 7 Uhr in der Aula des Sophien-Realgymnasiums, Steinfstraße. Neue Teilnehmer, Männer, Frauen und Jugendliche, sind erwünscht.

Bibliothek

Die entliehenen Bücher sind sofort im Bureau der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Straße 8/9, Hof rechts, 1 Treppe abzugeben.

Jugendweih

Die Teilnehmer an unseren Weihen, Mädchen und Knaben, die noch nicht im Besitze des Gebetbuchs sind, können dieses in unserem Bureau, Breite Straße 8/9, Hof rechts, 1 Treppe abholen. Geöffnet von 10 bis 5 Uhr.

Bildungskursus für Frauen

Heute, Mittwoch, abends 7 Uhr, spricht im Abgeordnetenhaus Genosse Kirch über Berufsberatung. Herr Dr. Herzog vom psychotechnischen Institut wird dazu einen erläuternden Lichtbildvortrag über Berufsberatung halten. Die folgenden Vorträge finden wieder am Donnerstag 7 Uhr, ebenfalls im Abgeordnetenhaus, statt. Genossinnen aller Distrikte sind zu diesem überaus interessanten Vortrag herzlich eingeladen. — Die Vorträge sind mit kleineren Kosten verknüpft.

Was sich ein französischer Adjutant erlaubt!

Uns wird folgender skandalöser Vorfall mitgeteilt: Am Sonnabend, den 25. September, nachmittags zwischen 5 und 6 Uhr, kam der Adjutant J. in der französischen Botschaft an den Droschkenhalterplatz am Karloplatz und besetzte die Kraftdroschke 8449 zur Fahrt nach der französischen Botschaft. Als der Kraftfahrer W. die Taximeteruhr eingeschaltet hatte, fiel dem Adjutanten W. auf, daß er in der Charte, aus der er kam, noch etwas vergessen habe und er ging dorthin zurück mit dem Auftrag, daß der Kraftfahrer warten solle. Als der Adjutant aus der Charte zurückkam, fuhr zufällig ein Automobil der französischen Botschaft vorbei, das nun der Adjutant besitzte. Der Kraftdroschkenhalter rief ihm zu, daß er noch 2,20 M. für die eingeschaltete Uhr zu bezahlen habe. Der Adjutant forderte ihn auf, mit zur Botschaft zu kommen. Dort angekommen, beschimpfte ihn der Adjutant mit Schimpf, Lump, Verbrecher usw. und forderte den Fahrer auf; in die Botschaft hineinzukommen, um sich eine ordentliche Tracht Prügel zu holen. Kraftfahrer W. erhob Protest gegen den Vorfall und ging zu dem auf dem Postamt lebenden Adjutanten, um ihm um das nun auf 17,80 gestiegene Fahrgeld zu bitten. Als Antwort darauf erhielt W. von dem Adjutanten eine Ohrfeige, worauf der Herr schnell in der Botschaft verschwand.

Dieses Benehmen fordert zum energischen Protest heraus. Die Droschken sollen doch nicht glauben, daß sie bei uns machen können, was sie wollen; sie haben sich ebenbürtig zu benehmen wie jeder andere. Die Angelegenheit ist übrigens dem Ministerium des Inneren zur weiteren Erledigung übergeben worden, und es ist zu hoffen, daß es durch dessen Vermittlung gelingt, dem beleidigten Kraftfahrer Genugtuung zu verschaffen.

Verkehrskommission. Nächste Sitzung Donnerstag 6 Uhr in der „Freiheit“.

Würgermeister Dr. Marekly beurlaubt. Durch Beschluß des Bezirksausschusses zu Potsdam ist bekanntlich das durch Verfügung des Regierungspräsidenten zu Potsdam gegen den Reichstagsabgeordneten Bürgermeister Dr. Marekly mit dem Ziele auf Entfernung aus dem Amte eröffnete Disziplinarverfahren mit Rücksicht auf das Ergebnis der Voruntersuchung eingestellt worden. Eine Mitteilung des Lichtbergrer Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung besagt, daß Dr. Marekly auf Beschluß des Magistratskollegiums bis zu seiner event. Beschäftigung durch den Magistrat Berlin beurlaubt worden ist, da die Stimmung sehr vieler Mitglieder der städtischen Körperschaften gegen Dr. Marekly eine sehr erregte ist, die ein gezieltes Zusammenarbeiten nach Ansicht des Magistrats unmöglich macht.

Genosse Lachmann, der zweite Distriktsführer des 13. Distrikts, bittet uns mitzuteilen, daß er mit dem Genossen Lachmann, der in Niederschöneweide als Referent für den Anschlag an Moskau aufgetreten ist und bei dieser Gelegenheit gegen führende Parteigenossen einige Gemeinheiten vorbrachte, nicht identisch ist.

Aus der Johann Jakob Zeitler-Stiftung sollen einmalige Unterhaltungen im Betrage von wenigstens 30 Mk. an solche Weber und Stuhlarbeiter (d. h. Weber, Wirler, Raschmacher, Zeugmacher, Tuchmacher, Strumpfer und Seidenwirker) und auch andere Handwerker, Meister und Gesellen, vergeben werden, welche zwar der öffentlichen Armenpflege nicht anheim gefallen sind, aber sich in Geldverlegenheit, namentlich was die Zahlung der Wohnmiete betrifft, befinden. Bewerber müssen sich seit mindestens zwei Jahren in Berlin niedergelassen haben; hauptsächlich sollen diejenigen berücksichtigt werden, welche mehr als vier Kinder unter 14 Jahren haben. Besuche mit Angaben über die Dauer des Aufenthalts in Berlin und über die Zahl der am Leben befindlichen Kinder unter 14 Jahren, sind bis 4. Oktober d. J. an die Stiftungs-Deputation, Straßauer Straße 38 II, zu richten.

Beig. Zukom. Die arbeitslosen Parteigenossen, welche einen Zuschuß zum Abonnement der „Freiheit“ beantragen, wollen sich bis Freitag abend in der Expedition Chausseestraße melden. Die Bezirksführer werden gebeten, Kartothekarten der Expedition und eventuelle Meldungen jedenfalls bis Freitag abend bei Mittag abzugeben.

Städt. Die Kinderabteilung der Arbeiter-Jugendheime veranstaltet heute abend 7 1/2 Uhr in der Aula der Realschule am Simeonplatz einen Lichtbildvortrag über „Kinderwanderungen in der Welt“. Alle Genossinnen und Genossen, welche Kinder haben, werden gebeten, zu erscheinen. Sie werden an Hand dieser Führungen sich überzeugen, wie schön und nützlich es ist, unsere Kinder an den Wanderungen teilnehmen zu lassen. Zur Deckung der Unkosten werden 50 Pf. erhoben. — Voranmeldung: Der Bildungsausschuß veranstaltet am Sonntag, den 24. Oktober, abends 7 Uhr, im Gymnasium in der Gieseler, einen Vortragsabend, „Das Volkstheater“ behandelnd. Ein schönes, inhaltreiches dreistündiges Reprogramm, welches zum Eintritt berechtigt und 1,50 Mk. kostet, ist in den beiden Armabteilungen am Sonnabend und Sonntag zu haben.

Das Opfer einer Messerstecherei wurde gestern abend der Arbeiter Theodor Bando, Vater von drei kleinen Kindern. In einem Lokal am Kronenplatz geriet er beim Kartenspiel mit dem Schlichter Paul Wagner aus der Koloniestr. 30 in einen Streit, der sich dann nach auf der Straße eskalierte. Bando schlug im Verlauf des Streits seinem Gegner ins Gesicht, worauf Wagner ein Messer zog und damit dem Bando durch einen Stich die Schlagader am Hals durchschnitt. Von Samaritern der Feuerwehr wurde Bando nach dem Lazaruskrankenhaus gebracht, wo er jedoch kurz nach der Einlieferung verstarb.

Aus den Organisationen

- 3. Distrikt. Kinderabteilung ohne Eltern (Alter 6-14 Jahre), am 3. Oktober nach dem Gewerkschaftsabend 1,10 Mk. Kinder eines Kopfbekleidungs-Gewerkes, Teinbecher und Offen mitbringen. Treffpunkt 1 Uhr, Poststraße Ecke Kochstraße.
- 4. Distrikt. Mitgliederversammlung Donnerstag in der Kältebank, St. Franziskus-Str. 117. T.O.: Wahl der Delegierten zum Parteitag. Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt.
- 5. Distrikt. 4. Sitzung. Mittwoch, 7 Uhr, in der Schulaula, Wilmersstr. 18 N. wichtige Mitgliederversammlung. Bezirksführer und Parteimitglieder werden eingeladen.
- 6. Distrikt. 4. Sitzung. Donnerstag, 7 Uhr, Mitgliederversammlung bei König. Orangerie. T.O.: Tagesordnung: Stellungnahme zur Krampf.
- 7. Distrikt. Kommunale Kommissionen. Die Sitzungen der Unterkommissionen finden statt: Armen-Kommission: Donnerstag, 30. September, bei Hoffmann, Gubener Str. 8; Schul-Kommission: Sonntag, 1. Oktober, bei Krumbach, Wilmersstr. 117; Gewerkschaften-Kommission: Dienstag, 5. Oktober, bei Kohn, Gubener Str. 19; Steuer-Kommission: Donnerstag, 7. Oktober, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Lebensmittel-Kommission: Sonntag, 10. Oktober, bei Krumbach, Wilmersstr. 117; Wohnung-Kommission: Montag, 11. Oktober, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Gesundheits-Kommission: Dienstag, 12. Oktober, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeitslosen-Kommission: Donnerstag, 14. Oktober, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Jugend-Kommission: Freitag, 15. Oktober, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Frauen-Kommission: Samstag, 16. Oktober, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Sonntag, 17. Oktober, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Montag, 18. Oktober, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Dienstag, 19. Oktober, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Mittwoch, 20. Oktober, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Donnerstag, 21. Oktober, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Freitag, 22. Oktober, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Samstag, 23. Oktober, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Sonntag, 24. Oktober, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Montag, 25. Oktober, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Dienstag, 26. Oktober, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Mittwoch, 27. Oktober, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Donnerstag, 28. Oktober, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Freitag, 29. Oktober, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Samstag, 30. Oktober, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Sonntag, 31. Oktober, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Montag, 1. November, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Dienstag, 2. November, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Mittwoch, 3. November, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Donnerstag, 4. November, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Freitag, 5. November, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Samstag, 6. November, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Sonntag, 7. November, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Montag, 8. November, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Dienstag, 9. November, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Mittwoch, 10. November, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Donnerstag, 11. November, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Freitag, 12. November, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Samstag, 13. November, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Sonntag, 14. November, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Montag, 15. November, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Dienstag, 16. November, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Mittwoch, 17. November, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Donnerstag, 18. November, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Freitag, 19. November, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Samstag, 20. November, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Sonntag, 21. November, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Montag, 22. November, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Dienstag, 23. November, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Mittwoch, 24. November, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Donnerstag, 25. November, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Freitag, 26. November, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Samstag, 27. November, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Sonntag, 28. November, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Montag, 29. November, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Dienstag, 30. November, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Mittwoch, 1. Dezember, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Donnerstag, 2. Dezember, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Freitag, 3. Dezember, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Samstag, 4. Dezember, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Sonntag, 5. Dezember, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Montag, 6. Dezember, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Dienstag, 7. Dezember, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Mittwoch, 8. Dezember, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Donnerstag, 9. Dezember, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Freitag, 10. Dezember, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Samstag, 11. Dezember, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Sonntag, 12. Dezember, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Montag, 13. Dezember, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Dienstag, 14. Dezember, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Mittwoch, 15. Dezember, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Donnerstag, 16. Dezember, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Freitag, 17. Dezember, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Samstag, 18. Dezember, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Sonntag, 19. Dezember, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Montag, 20. Dezember, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Dienstag, 21. Dezember, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Mittwoch, 22. Dezember, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Donnerstag, 23. Dezember, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Freitag, 24. Dezember, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Samstag, 25. Dezember, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Sonntag, 26. Dezember, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Montag, 27. Dezember, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Dienstag, 28. Dezember, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Mittwoch, 29. Dezember, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Donnerstag, 30. Dezember, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Freitag, 31. Dezember, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Samstag, 1. Januar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Sonntag, 2. Januar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Montag, 3. Januar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Dienstag, 4. Januar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Mittwoch, 5. Januar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Donnerstag, 6. Januar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Freitag, 7. Januar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Samstag, 8. Januar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Sonntag, 9. Januar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Montag, 10. Januar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Dienstag, 11. Januar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Mittwoch, 12. Januar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Donnerstag, 13. Januar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Freitag, 14. Januar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Samstag, 15. Januar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Sonntag, 16. Januar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Montag, 17. Januar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Dienstag, 18. Januar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Mittwoch, 19. Januar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Donnerstag, 20. Januar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Freitag, 21. Januar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Samstag, 22. Januar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Sonntag, 23. Januar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Montag, 24. Januar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Dienstag, 25. Januar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Mittwoch, 26. Januar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Donnerstag, 27. Januar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Freitag, 28. Januar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Samstag, 29. Januar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Sonntag, 30. Januar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Montag, 31. Januar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Dienstag, 1. Februar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Mittwoch, 2. Februar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Donnerstag, 3. Februar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Freitag, 4. Februar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Samstag, 5. Februar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Sonntag, 6. Februar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Montag, 7. Februar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Dienstag, 8. Februar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Mittwoch, 9. Februar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Donnerstag, 10. Februar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Freitag, 11. Februar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Samstag, 12. Februar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Sonntag, 13. Februar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Montag, 14. Februar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Dienstag, 15. Februar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Mittwoch, 16. Februar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Donnerstag, 17. Februar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Freitag, 18. Februar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Samstag, 19. Februar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Sonntag, 20. Februar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Montag, 21. Februar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Dienstag, 22. Februar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Mittwoch, 23. Februar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Donnerstag, 24. Februar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Freitag, 25. Februar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Samstag, 26. Februar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Sonntag, 27. Februar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Montag, 28. Februar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Dienstag, 29. Februar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Mittwoch, 30. Februar, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Donnerstag, 1. März, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Freitag, 2. März, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Samstag, 3. März, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Sonntag, 4. März, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Montag, 5. März, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Dienstag, 6. März, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Mittwoch, 7. März, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Donnerstag, 8. März, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Freitag, 9. März, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Samstag, 10. März, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Sonntag, 11. März, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Montag, 12. März, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Dienstag, 13. März, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Mittwoch, 14. März, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Donnerstag, 15. März, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Freitag, 16. März, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Samstag, 17. März, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Sonntag, 18. März, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Montag, 19. März, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Dienstag, 20. März, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Mittwoch, 21. März, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Donnerstag, 22. März, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Freitag, 23. März, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Samstag, 24. März, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Sonntag, 25. März, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Montag, 26. März, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Dienstag, 27. März, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Mittwoch, 28. März, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Donnerstag, 29. März, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Freitag, 30. März, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Samstag, 31. März, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Sonntag, 1. April, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Montag, 2. April, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Dienstag, 3. April, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Mittwoch, 4. April, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Donnerstag, 5. April, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Freitag, 6. April, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Samstag, 7. April, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Sonntag, 8. April, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Montag, 9. April, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Dienstag, 10. April, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Mittwoch, 11. April, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Donnerstag, 12. April, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Freitag, 13. April, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Samstag, 14. April, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Sonntag, 15. April, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Montag, 16. April, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Dienstag, 17. April, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Mittwoch, 18. April, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Donnerstag, 19. April, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Freitag, 20. April, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Samstag, 21. April, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Sonntag, 22. April, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Montag, 23. April, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Dienstag, 24. April, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Mittwoch, 25. April, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Donnerstag, 26. April, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Freitag, 27. April, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Samstag, 28. April, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Sonntag, 29. April, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Montag, 30. April, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Dienstag, 1. Mai, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Mittwoch, 2. Mai, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Donnerstag, 3. Mai, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Freitag, 4. Mai, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Samstag, 5. Mai, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Sonntag, 6. Mai, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Montag, 7. Mai, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Dienstag, 8. Mai, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Mittwoch, 9. Mai, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Donnerstag, 10. Mai, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Freitag, 11. Mai, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Samstag, 12. Mai, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Sonntag, 13. Mai, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Montag, 14. Mai, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Dienstag, 15. Mai, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Mittwoch, 16. Mai, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Donnerstag, 17. Mai, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Freitag, 18. Mai, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Samstag, 19. Mai, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Sonntag, 20. Mai, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Montag, 21. Mai, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Dienstag, 22. Mai, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Mittwoch, 23. Mai, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Donnerstag, 24. Mai, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Freitag, 25. Mai, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Samstag, 26. Mai, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Sonntag, 27. Mai, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Montag, 28. Mai, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Dienstag, 29. Mai, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Mittwoch, 30. Mai, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Donnerstag, 31. Mai, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Freitag, 1. Juni, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Samstag, 2. Juni, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Sonntag, 3. Juni, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Montag, 4. Juni, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Dienstag, 5. Juni, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Mittwoch, 6. Juni, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Donnerstag, 7. Juni, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Freitag, 8. Juni, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Samstag, 9. Juni, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Sonntag, 10. Juni, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Montag, 11. Juni, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Dienstag, 12. Juni, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Mittwoch, 13. Juni, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Donnerstag, 14. Juni, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Freitag, 15. Juni, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Samstag, 16. Juni, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Sonntag, 17. Juni, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Montag, 18. Juni, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Dienstag, 19. Juni, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Mittwoch, 20. Juni, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Donnerstag, 21. Juni, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Freitag, 22. Juni, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Samstag, 23. Juni, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Sonntag, 24. Juni, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Montag, 25. Juni, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Dienstag, 26. Juni, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Mittwoch, 27. Juni, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Donnerstag, 28. Juni, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Freitag, 29. Juni, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Samstag, 30. Juni, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Sonntag, 1. Juli, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Montag, 2. Juli, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Dienstag, 3. Juli, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Mittwoch, 4. Juli, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Donnerstag, 5. Juli, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Freitag, 6. Juli, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Samstag, 7. Juli, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Sonntag, 8. Juli, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Montag, 9. Juli, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Dienstag, 10. Juli, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Mittwoch, 11. Juli, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Donnerstag, 12. Juli, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Freitag, 13. Juli, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Samstag, 14. Juli, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Sonntag, 15. Juli, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Montag, 16. Juli, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Dienstag, 17. Juli, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Mittwoch, 18. Juli, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Donnerstag, 19. Juli, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Freitag, 20. Juli, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Samstag, 21. Juli, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Sonntag, 22. Juli, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Montag, 23. Juli, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Dienstag, 24. Juli, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Mittwoch, 25. Juli, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Donnerstag, 26. Juli, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Freitag, 27. Juli, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Samstag, 28. Juli, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Sonntag, 29. Juli, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Montag, 30. Juli, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Dienstag, 31. Juli, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Mittwoch, 1. August, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Donnerstag, 2. August, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Freitag, 3. August, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Samstag, 4. August, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Sonntag, 5. August, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Montag, 6. August, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Dienstag, 7. August, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Mittwoch, 8. August, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Donnerstag, 9. August, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Freitag, 10. August, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Samstag, 11. August, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Sonntag, 12. August, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Montag, 13. August, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Dienstag, 14. August, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Mittwoch, 15. August, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Donnerstag, 16. August, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Freitag, 17. August, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Samstag, 18. August, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Sonntag, 19. August, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Montag, 20. August, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Dienstag, 21. August, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Mittwoch, 22. August, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Donnerstag, 23. August, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Freitag, 24. August, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Samstag, 25. August, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Sonntag, 26. August, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Montag, 27. August, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Dienstag, 28. August, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Mittwoch, 29. August, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Donnerstag, 30. August, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Freitag, 31. August, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Samstag, 1. September, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Sonntag, 2. September, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Montag, 3. September, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Dienstag, 4. September, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Mittwoch, 5. September, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Donnerstag, 6. September, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Freitag, 7. September, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Samstag, 8. September, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Sonntag, 9. September, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Montag, 10. September, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Dienstag, 11. September, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Mittwoch, 12. September, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Donnerstag, 13. September, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Freitag, 14. September, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Samstag, 15. September, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Sonntag, 16. September, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Montag, 17. September, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Dienstag, 18. September, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Mittwoch, 19. September, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Donnerstag, 20. September, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Freitag, 21. September, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Samstag, 22. September, bei Hoffmann, Gubener Str. 19; Arbeiter-Kommission: Sonntag, 23. September, bei Hoffmann, Gubener Str.